

militärischen Wettrüstens) die Steuer-
gelder in die rechten Bahnen zu len-
ken habe, und der mitleidigen Gesten
der breiten Bevölkerungsmasse an-
dererseits, die sich durch 20-Pfennig-
Spenden von der Gewissensunruhe
angesichts sozialer Mißstände loskaufen
möchte. Einige forderten sogar die
„Selbstliquidierung der freien
Wohlfahrtsverbände“. Es waren aber
interessanterweise Vertreter staatlicher
Stellen, die dem entgegenhielten,
die freien Verbände könnten auf un-
erwartete und neuentstandene Not-
stände spontaner und flexibler reagieren
als die staatlichen Sozialämter,
die gesetzlich enger gebunden seien.

J. A. Bakker vom niederländischen
Ministerium für Sozialwesen hielt
manchem Utopisten entgegen, in
einer dynamischen Gesellschaft sei
ein perfekter Versorgungsstaat gar
nicht realisierbar, weil stets neue Be-
dürfnisse entstünden. Freie Verbände
blieben unerlässlich, denn da man
dem Staat bereits „das Notwendigste
abbetteln“ müsse, könnten nur
sie die Energie aufbringen, auch für
das „Wünschenswerte“ einzutreten.
Bakker konnte mitteilen, daß in
Holland alle freien Initiativen zu
90 Prozent aus öffentlichen Mitteln
subventioniert werden. Aber selbst
Vertreter des Bundesinnenministeriums
konnten keine Vergleichszahl
nennen, sie beschränkten sich auf die
Feststellung, daß der Anteil staatlicher
Zuwendungen schwer zu eruieren
sei, insgesamt aber niedriger als
in den Niederlanden liege.

Pressevertreter bezweifelten, daß die
Sozialarbeit überhaupt an Public
Relations interessiert sei. Ob es nicht
bezeichnend für den Widerstand
gegen kritische Durchleuchtung der
Verhältnisse in den Verbänden sei,
so wurde gefragt, daß namhafte
Soziologen in der Sozialarbeit nicht
zu finden seien? Prestigefragen und
unfruchtbares Konkurrenzdenken
behinderten die Arbeit und verschlängten
große Summen. Demgegenüber
betonten die „Beschuldigten“,
sie wüßten sehr genau, was bei
ihnen „faul“ sei, es liege aber letzten
Endes an der falschen Einstellung
der Öffentlichkeit. Selbst bei den
Sozialpolitikern fänden sie für ihre
Anliegen zu wenig Gehör. Die Medien
mußten ihnen hier helfen, Zielgruppen
anzusprechen (Ärzte, Politiker),
denn die breite Öffentlichkeit
nehme Informationen nur sehr selektiv
auf. Während jüngere Rundfunk-
leute „Agitation“ zur Schaffung

eines Problembewußtseins, ja selbst
die „Revolutionierung der Gesell-
schaft“ forderten, konnten einige
Verwaltungspraktiker überzeugend
die Grenzen ihrer Möglichkeiten
aufweisen.

Spannungen gab es nicht nur zwi-
schen Vertretern der Öffentlichkeits-
und der Sozialarbeit. Die Vorträge
und Diskussionen machten deutlich,
daß auch zwischen freien Wohlfahrts-
verbänden und staatlichen und kom-
munalen Stellen Meinungsverschie-
denheiten bestehen, daß die freien
Verbände untereinander rivalisieren
und daß schließlich die Verbände in
sich heftige Auseinandersetzungen
erleben. U. a. wies E. Schnydrig vom
Deutschen Caritasverband darauf
hin.

Geht es ohne Wertvorstellungen?

Die Frage nach der Wertgebunden-
heit sozialer Arbeit und der Vorwurf
der „Ideologie“ waren zumindest
stets latent vorhanden und kamen
öfters zum Ausbruch. Die „Gesell-
schaft“ wurde beschuldigt, über-
holten Moralvorstellungen nachzu-
hängen, wenn sie Begriffe wie „selbst-
verschuldete Not“ weiterschleppe —
was nicht unbestritten blieb. Mit
Recht wurde darauf hingewiesen,
daß psychisch Kranke nicht mehr
Entgegenkommen zu erwarten hät-
ten als Kriminelle und Suchtkranke.
Unter heftigem Widerspruch wurde
beispielsweise der Caritas vorgewor-
fen, sie „diskriminiere“ nach wie vor
uneheliche Kinder und ledige Mütter.
Daß es zu Gewissenskonflikten ge-
legentlich kommen könne, zum Bei-
spiel wenn im Rahmen der Ehebera-
tung in einem bestimmten Fall nach
menschlichem Ermessen Scheidung
anzuraten sei, wurde von katho-
lischer Seite eingeräumt. Gelegentlich
kamen besonders gegenüber der
kirchlichen Wohlfahrtspflege ererbte
Emotionen zum Durchbruch. Die
kirchlichen Vertreter zeigten sich in

solchem Disput relativ ungeübt, ob-
wohl besonders von publizistischer
Seite häufig gegen nicht mehr vor-
handene oder im Schwinden begrif-
fene Einstellungen polemisiert wurde.
Generelle Zustimmung fand indes
die Forderung, die noch da und dort
feststellbare „Arroganz“ im Umgang
mit den Klienten müsse in staat-
lichen wie in freien Einrichtungen
abgebaut werden. Durch Öffentlich-
keitsarbeit müsse dem Bürger klar-
gemacht werden, daß er bei In-
anspruchnahme der Fürsorgestellen
einen Rechtsanspruch geltend mache,
der auf den eigenen Steuerleistungen
beruhe.

Was das eigentliche Thema, die
Öffentlichkeitsarbeit in der Wohl-
fahrtpflege, betraf, so war man sich
eher über die Grenzen der Wirk-
möglichkeiten klar als über sach-
gerechte Werbung. Die wesentliche
Frage nach dem Berufsbild des So-
zialarbeiters und seine auch von
Ausbildung und Gehalt bestimmte
gesellschaftliche Stellung wurden nur
gestreift, obwohl jeder Sozialarbeiter
bereits durch seine Person in ge-
wissem Sinne „Öffentlichkeitsarbeit“
betreibt.

In einer an das Innenministerium
adressierten Resolution forderten die
Teilnehmer u. a. die Errichtung eines
unabhängigen Zentralinstituts für
Sammlung und Verbreitung der In-
formationen aus dem Sozialbereich
und eine Enquête über den Stand
der deutschen Sozialarbeit. Das Fe-
hlen einer solchen Untersuchung wurde
auf diesem Seminar besonders deut-
lich. Ebenso notwendig wären syste-
matische Arbeiten über die Beziehun-
gen von Public Relations und Sozial-
arbeit. Die künftigen Aufgaben der
Sozialarbeit seien in Umrissen bereits
erkennbar, aber die notwendigen
Vorbeugemaßnahmen stünden noch
aus (Grewe-Partsch). Die Sozial-
arbeit habe hier eine „gesellschafts-
kritische Funktion“ zu erfüllen (Bak-
ker), die durch Öffentlichkeitsarbeit
effektiv werden müsse.

Pax-Romana-Kolloquium über die Autorität

Im Rahmen einer seit einiger Zeit
geübten Praxis hatte die „Inter-
nationale Bewegung katholischer
Akademiker“ (Pax Romana) für die
Zeit vom 7. bis 9. Juni 1969 zu einem
ihrer traditionellen Experten-Kol-
loquien eingeladen, bei dem durch
direkte und interdisziplinäre Diskus-

sionen gewisse aktuelle Themen be-
handelt werden sollten, die für das
christliche Denken Probleme auf-
werfen. Hatte man sich bisher u. a.
mit Teilhard de Chardin oder sozial-
ethischen Themen wie „Soziale Un-
gerechtigkeit und die Ethik der
Revolution“ beschäftigt, so galt dies-

mal das Interesse dem Thema „Person und Institution: die sozialen und religiösen Interrelationen“. Von den zunächst Eingeladenen konnten eine ganze Reihe nicht teilnehmen, so daß sich schließlich nur etwa 30 Experten, hauptsächlich aus den Bereichen Soziologie, Psychologie und Theologie, zum Gespräch im Anschluß an einige Referate trafen. Die Teilnehmer rekrutierten sich ausschließlich aus Europa: die meisten kamen aus den Benelux-Ländern, ferner waren die Schweiz, Frankreich, Spanien, England, Polen und die USA sowie — eher mit einem Beobachter als mit einem Experten — die Bundesrepublik vertreten. Zwar hatte man zunächst Prof. H. Küng und Doz. N. Greinacher eingeladen. Vermutlich hätte man aber nach deren Absage „zum Ausgleich“ doch noch andere deutsche Teilnehmer finden können. Besonders aber war die völlige Abwesenheit überseischer Gesprächspartner zu bedauern.

Kardinal Suenens erklärte sich

Durch das kurz zuvor bekanntgewordene Interview von Kardinal Suenens gewann nicht nur die Teilnahme dieses Gesprächspartners an Bedeutung, sondern wurde auch zugleich der *Schwerpunkt* des gesamten Treffens gesetzt. Gleich zu Anfang nahm Kardinal Suenens noch einmal zum „Problem der Autorität in der Kirche zur gegenwärtigen Stunde“ Stellung, wobei er überwiegend die Aussagen des Interviews bekräftigte und erläuterte. Als Gründe für die Gewährung des Interviews zum gegenwärtigen Zeitpunkt nannte er die bisher nicht vollzogenen Konsequenzen des Zweiten Vatikanums und die bevorstehende Synode. Die letzte Synode sei hinter dem Konzil zurückgeblieben. Und für die kommende außerordentliche Synode sei dies noch mehr zu erwarten, da man es dabei mit einer nichteuropäischen Mehrheit zu tun hätte. Die Gefahr eines Schismas hielt er nicht für gegeben. Vielmehr müsse und werde sich die Pluralität in der Einheit letztlich durchsetzen. Das Problem der Kollegialität müsse mehr noch als bisher betont werden. Seiner Meinung nach können aber heute in der Kirche Einzelpersonlichkeiten mehr erreichen als Delegierte. Auch zur Mobilisierung stagnierender lokaler Kir-

chen könne eine Zentrale mit guter Kommunikation am besten beitragen. Nach einem Hinweis auf eine unbedingt erforderliche Reform des Kanonischen Rechts legte er noch einmal großen Wert auf die Durchsetzung und Gewährung von Experimenten jeglicher Art, da eigentlich nur so der beste Weg gefunden und auf die Dauer Fortschritte erzielt werden könnten. Auf die *Reaktionen* auf sein Interview ging der Kardinal nicht ein. Hatte das Treffen mit den Ausführungen von Kardinal Suenens begonnen, so stand am Ende der Konferenz, bei der man immer wieder auf diesen Vorstoß zurückkam, der Beschluß aller Teilnehmer, sich in einer in Kürze an die Öffentlichkeit — vornehmlich an die europäische Bischofskonferenz — gerichteten Deklaration offiziell hinter das Interview des Kardinals zu stellen und ferner die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionen weiterzutragen.

Schwierigkeiten der Unterscheidung

Als äußerst nützlich erwies es sich, daß als Grundlage aller weiteren Diskussionen über das spezielle Problem der Autorität in der Kirche der Engländer D. Hay (Nottingham) und Prof. J. Remy (Soziologe an der Universität Löwen) jeweils aus der Sicht der Psychologie bzw. Soziologie diese Problematik beleuchteten. Der weitere Diskussionsbeitrag von F. Houtart (Löwen) wollte deutlich machen, daß man bei der Behandlung des Themas der Autorität in der Kirche nicht vorschnell von dem Problem der Autorität in Familie, Gesellschaft usw. ausgeht, da sich heute sehr konkrete kirchenspezifische Probleme stellten, für die besondere Kriterien gelten. Ganz konkret wurden diese Fragen von den Referenten J. Grootaers (Brüssel) und W. Goddijn (Rotterdam) angeschnitten, die sich mit den verschiedenen und doch so übereinstimmenden Entwicklungen der aktuellen Autoritätskrise in aller Welt bzw. mit dem konkreten Beispiel des holländischen Experiments beschäftigten. In großer Fächerung stellte Grootaers die einzelnen Erscheinungsformen heutigen Ausbruchs aus gewohnten Strukturen dar, wobei er zunehmendes soziales Engagement, biblische Geistigkeit und liturgische Neuerungen als allgemeine Phänomene eines neuen kirchlichen

Lebens den Krisenphänomenen, wie dem des christlichen Revolutionärs, gegenüberstellte. Dabei ergäben sich in zunehmendem Maße *Schwierigkeiten der Unterscheidung*. Die in den kirchlichen Institutionen geborenen „Krisen“ unterschied er nach Krisen des Klerus und Krisen des institutionalisierten Laienapostolats, wo sich — sehr unterschiedlich je nach Land — neben einer zunehmenden Ablehnung festgefügtter Formen immer mehr auch die Tendenz zu politischem Engagement zeige. Am Beispiel der Interkommunion machte er einige weitere Punkte heutiger Auseinandersetzungen und Gründe dafür deutlich.

W. Goddijn stand Rede und Antwort für die vom *holländischen Pastorkonzil* aufgezeigten Möglichkeiten für neue Erfahrungen und Experimente. Am Beispiel des Problems der Solidarität in dem Dreistufenschema Rom-Bischof/Kardinal-Volk machte er deutlich, daß im Grunde die sich einem Kardinal oder Bischof ständig stellende Frage, ob er den Kontakt oder die Solidarität zu Rom oder zur regionalen Kirche in den Vordergrund stellen solle, kein theologisches, sondern ein psychologisches oder soziologisches Problem ist. So habe auch erst die Zusammenarbeit von Theologie, Soziologie und Psychologie zu dem Durchbruch in Holland geführt.

Mehrfach wurde in den Diskussionen auch das Beispiel des „Gesamtindischen Seminars“ (vgl. ds. Heft, S. 310) mit seinen 100 vorbereitenden Regionalseminaren, seiner Meinungsbildung und Information von unten her und mit allen Schichten gemeinsam als bedeutendes Beispiel für die zukünftigen Entwicklungen herausgestellt. Anleitungen für die notwendige Diskussion über gegenwärtige und mögliche künftige Konfliktsituationen boten der Weihbischof von Westminster, Chr. Butler, und Fr. Houtart. Bei dieser Gelegenheit wurde noch einmal der ganze Katalog heterogener nachkonziliarer „Fälle“ von Isolotto bis Halbfas angeführt.

Neue Formen der Mitsprache

In den Arbeitskreisen kam zusätzlich eine Fülle von Einzelbeispielen und Fragen zur Sprache. In der vielleicht wichtigsten Gruppe, in der es um die Perspektiven für die Zukunft ging, wurde zunächst ein neuer Mechanis-

mus für verstärkte soziale Kontrollen auch innerhalb der Kirche gefordert. Die Notwendigkeit der überörtlichen Zusammenarbeit glaubte man am besten am Beispiel der Schulfrage zeigen zu können, bei der vorschnelle lokale Entscheidungen in großem Maße die rationale Erarbeitung und zukunftsweisende Planung erschwerten, da Emotionen im Vordergrund stehen. Der Hierarchie warf man vor, daß man inzwischen zwar Platz für Strukturdiskussionen einräume, jedoch nur selten die kritische Mitbestimmung und -entscheidung zulasse. Noch seien keine Erfahrungen gemacht, wie man aus der Menge der in einer Pfarrei oder Diözese vorhandenen Meinungen eine Mehrheit bilden könne, die auch gehört werde. Mehrfach wurde auf die Notwendigkeit von Konflikten als eines normalen Bestandteils des Mechanismus eines Wechsels hingewiesen, doch schließe dies nicht aus, daß man überkommene Konfliktstoffe — wie das Beharren auf agrarischem Kirchentyp in einer hochindustrialisierten Zeit oder die ständige soziale Distanz zwischen Bischof und Gläubigen — endlich abbauen müsse. Immer stärker zeige sich, daß die augenblicklichen Konflikte weniger von Personen als von in Systemen verhafteten Persönlichkeiten verursacht würden. Das Aufbegehren revoltierender Laien, denen man lange Zeit hindurch etwas von Mündigkeit erzählt habe, ließe sich nach Meinung der Teilnehmer schnell mäßigen und vernünftig regeln, wenn man den Laien genügend Kontrollmöglichkeiten der einzelnen Entscheidungsgremien zubillige.

Künftige Wahlverfahren

Von hier war es nicht mehr weit zu konkreten Vorschlägen einer demokratischen Spielregeln berücksichtigenden Wahl für die verschiedenen Entscheidungsgremien. Hatte Weihbischof Butler schon vorher auf die einfache und doch sehr interessante Tatsache hingewiesen, daß ausgerechnet der Mann an der Spitze der Kirche nicht durch ein Sakrament, sondern durch eine demokratische Wahl „an die Macht kommt“, so erarbeitete der Arbeitskreis weitere Prinzipien und wünschenswerte Modi für eine solche Wahl auf den verschiedenen Ebenen. Man verwies darauf, daß demokratische Spielregeln wohl kaum möglich seien, so-

lange man nicht abwählbar sei und von Zeit zu Zeit Rechenschaft ablegen müsse. Durch ein solches Verfahren, für das Benediktinerklöster als Vorbild hingestellt wurden, würde die *Selbstkontrolle* zum Wohle aller und zur Bestätigung, Ermutigung und eventuell Korrektur des Amtsträgers beitragen. Gerade die päpstlichen Entscheidungen der letzten Zeit machten deutlich, wie wenig die Organe der Selbstkontrolle und Überprüfung an der Wirklichkeit und Meinung der anderen ausgebaut seien. Die große Diskussion habe leider immer erst hinterher eingesetzt — als es zu spät war und die Autorität wieder einmal einen Rückschlag erlitten hatte. Die Beachtung der Massenkommunikationsmittel und einer weniger falschen Informationspolitik der Kirche legte man große Bedeutung bei. Ohne eine Änderung auf diesen Gebieten seien Reformansätze von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Ausgehend von der Einsicht, daß ein Autoritärer auch immer die von oben an ihn weitergegebenen Weisungen ohne große Einwände ausführt, wurden schließlich verschiedene Formen für zukünftige Wahlverfahren von Bischöfen erarbeitet, mit denen man schon bald an die Öffentlichkeit treten will: Danach sollten zukünftig drei Stufen der Mitsprache berücksichtigt werden, nämlich 1. die lokale, bei der eventuell über eine Diözesansynode ein möglichst großer Bevölkerungsteil mitwirkt; 2. die nationale, bei der die Bischofskonferenz

und ein Nationaler Laienrat oder eine ähnliche Einrichtung gehört werden; 3. die universale, die Raum für Mitsprache und Einfluß auch über die Grenzen hinweg in der Weltkirche berücksichtigt. Außerdem sollte niemand länger als zehn Jahre im Amt bleiben dürfen und nur eine einmalige Wiederwahl nach fünf Jahren oder in einer anderen Diözese möglich sein. Jeglicher politische Einfluß müsse strikt unterbunden und jede zur Zeit noch bestehende, das ganze System korrumpierende „Aufstiegs- und Empfehlungsliste“ so schnell wie möglich beseitigt werden. Zukünftige Entscheidungen (oder zunächst Diskussionen) werden zeigen müssen, ob man mit diesen Vorstellungen im luftleeren Raum agierte oder wenigstens einen Kern heutiger Autoritätsproblematik getroffen hat. Aus der Sicht, daß die Autoritätsfrage der Kirche auf einer anderen Grundlage beruhe und andere Probleme involviere als die gleiche Frage in Familie und Gesellschaft, ist die weitgehend bei dem Treffen fehlende Frage nichtkirchlicher Autorität zu verstehen, dennoch hätte manchmal eine Verbindung zu ähnlichen Erscheinungen in der Gesellschaft vielleicht etwas weiterhelfen können. Auch das Problem wachsender Spannungen im Gefolge der einsetzenden oder gewünschten Neuerungen müßte bei dem in nicht allzu ferner Zeit geplanten Fortsetzungsgespräch berücksichtigt werden, um ein noch geschlosseneres und realistischeres Bild zu geben.

Spanische Bischöfe zur tendenziösen Presseberichterstattung

Immer neue Vorfälle lassen das Ringen weiter Kreise der spanischen Kirche um ihre Freiheit und gleichzeitig die Zweideutigkeit des offiziellen Katholizismus erkennen. Zahlreiche Priesterverhaftungen, die schließlich in der Festnahme des angesehenen Generalvikars von Bilbao, *J. A. Ubieta López*, gipfelten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 293), und das verwirrungstiftende Presseecho haben die Problematik der Beziehungen zwischen Kirche und spanischem Staat noch schärfer ins Licht gebracht. Obwohl eine weltoffeneren und „ökumenische“ Einstellung im spanischen Katholi-

zismus immer selbstverständlicher wird, bleibt die offizielle Berichterstattung über den kirchlichen Bereich in einem als „vorkonziliar“ zu charakterisierenden Tenor verhaftet. Reformfreudige Kräfte im In- und Ausland werden dadurch in die Nähe der bekanntermaßen diskriminierten „akatholischen“ Minderheiten gebracht. Sie kommen ohnedies zumeist nur in gezielten Agenturauszügen zu Wort, vielfach durch Sensationalismen verzerrt oder absichtlich verfälscht. Dieser Vorwurf gilt einem Großteil der Tagespresse sowie den staatlichen Agenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten.